

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVI/7

12. Januar 1971

Zionismus und Bolschewismus

Beitrag zu einem aktuellen Thema

Von Joachim Steffen

Mitglied des SPD-Vorstandes und Vorsitzender
des SPD-Landesverbandes von Schleswig-Holstein

Seite 1 und 2 / 73 Zeilen

Nur noch Agitation statt Politik?

Notwendige Feststellungen zur Taktik der CDU

Seite 3 / 35 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Sozialismus weiter in der Offensive

Militärpolitische Bilanz des Jahres 1970"

Von Günter Engmann

Oberstleutnant der Nationalen Volksschwee
der DDR

Seite 4 bis 6 / 153 Zeilen

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt:

Keine Einmischung in die inneren Angelegen-
heiten der Bundesrepublik

23. LAG-Novelle in Kraft

1970 kamen weniger Aussiedler

40 Prozent der Aussiedler nicht im erlernten
Beruf tätig

Keine Versicherungsleistungen an Einwohner
in der DDR

Warschau attackiert Radio Freies Europa

Hans Stephan 65 Jahre alt

Rumänische Woche bei Radio Bremen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 885 846 885 847/
885 849 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 65 11

Zionismus und Bolschewismus

Beitrag zu einem aktuellen Thema

Von Joachim Steffen

Mitglied des SPD-Vorstandes und Vorsitzender
des SPD-Landesverbandes von Schleswig-Holstein

In der Sowjetunion begann mit den Flugzeugentführungsprozessen offenbar eine neue antizionistische Kampagne. Stalin verfolgte seinerzeit eine ähnliche Absicht mit den Ärzte-Prozessen. Sein Tod verhinderte die drastische Säuberung im Sinne eines bolschewistischen "Humanismus".

Stalin pflegte die von ihm entdeckten Probleme durch Liquidierung zu lösen. Er hatte auch nicht die Angewohnheit, sich durch Proteste zu Begnadigungen verleiten zu lassen. Die Prozesse der Breschnjew-Ära machen deutlich, daß die Sowjetunion mit dem Zionismus immer noch nicht fertig geworden ist. Der Kampf gegen ihn enthüllt ihren Charakter.

Es ist falsch, zu glauben, die Leninisten-Dreiviertelstalinsten seien plötzlich zu Antisemiten geworden. Das ist nicht der Fall. Sie haben - wenigstens in ihrer denkenden Führung - keine rassistischen Antisemiten. So etwas überläßt man dem Volk, das eine alte, vor allem aus religiösen Fanatismus gespeiste Haßhaltung gegen das Judentum hat.

Übrigens ist dies in Westeuropa ganz ähnlich. Katholiken und Protestanten haben durch viele Jahrhunderte ebenfalls einen religiös motivierten Haß gegen die Juden genährt, auf dem der rassistische Antisemitismus aufbaute und aus dem er seine irrationale Kraft bezog.

In der Sowjetunion wird die Praktizierung des mosaischen Glaubens kaum mehr behindert als die anderen Religionen. Der Kampf der Sowjetunion geht gegen den Zionismus. Das heißt, man bekämpft das Bestreben, die geistig und politische Heimat der Juden in Israel sehen zu wollen.

Der politische Gott der Bolschewiken ist ein eifersüchtiger Gott. Man darf keine anderen politischen Götter haben neben ihm. Wer aber Zionist ist, der hat nicht nur eine Religion. Wer Zio-

nist ist, der hat eine andere politische Heimat. Sie liegt außerhalb des Machtbereichs der Apparatschiki im Kreml. Sie liegt in Zion.

Nun kann man von der Umformung des mosaischen Glaubens im Zionismus halten, was man will. Er ist auch unter den Juden stets unstritten gewesen. Aber das sollte ihre Sache sein und bleiben.

Auf der Schule sollten alle gelehrt haben, daß seit der Aufklärung in Europa uns Vernunft und Einsicht zur Toleranz nahmen. Das heißt, nicht nur die Duldung eines anderen und sei es eines noch so unverständlichen Glaubens, sondern seine Respektierung. Denn jeder Mensch hat danach das Recht, seinem freien Gewissen zu folgen.

Wenn ich das respektiere, schätze ich auch meine eigene Freiheit und Menschenwürde richtig ein. Die Grenze liegt bei der Verletzung der menschlichen Prinzipien in Ausübung des Glaubens, wie Menschenopfern.

Aber die Bolschewiken setzen diese Grenze sehr viel niedriger. Sie setzen sie politisch. Sie verfolgen den Glauben, der ein politisches Zentrum außerhalb ihrer politischen Dogmen setzt. Und das tut der Zionismus. Sie erschweren die Auswanderung der Gläubigen in das Land ihrer Väter, nach Israel.

Sie zwingen die zionistischen Juden aus politischen Gründen in eine Glaubens- und Gewissensnot. Diese Not sucht nach Erlösung. Und dafür hat das "Vaterland der Werktätigen", das für sich in Anspruch nimmt, die Werte des Humanismus zu verwirklichen, dann Gerichte und Prozesse. Warum läßt man sie nicht gehen, wenn sie wollen? Wem fielen ein Stein aus der Krone?

Faschisten und Rassisten haben eine "plausible" Erklärung. Sie halten nichts von Menschenrecht und Menschenwürde. Sie halten alles von der Allgewalt des Staates über die Menschen und der "Wertigkeit" der Rassen. Daraus leiten sie das "Recht" ab, die Menschenrechte und die Menschen in den Staub zu treten.

Ist die Praxis der Bolschewiken anders? Nein! In der Bundesrepublik sind sie gegen das Verbot ihrer Partei. Abgesehen davon, daß dieses Verbot politisch dumm war und ist, so geht es nicht so weit, den Menschen den Glauben und die Zeugenschaft für ihn einzunehmen; jeder darf zu Ulbricht und Hennecker auswandern.

Wäre es nicht angebracht, wenn die KP-Anhänger in der Bundesrepublik für die Aufhebung des KP-Verbots und für die Praktizierung (mit Auswanderung) des Zionismus in der UdSSR eintreten würden? Sie hätten endlich einmal eine praktische Gelegenheit kein gespaltenes Bewußtsein darzubieten. Nun, wie päp's? Keine Meinung?

Nur noch Agitation statt Politik?

Notwendige Feststellungen zur Taktik der CDU

Die sog. Unions-Parteien, bar jeder sichtbaren und brauchbaren politischen Alternative zur Ostpolitik der sozialliberalen Bundesregierung, haben einen neuen Vorwand gefunden, hinter dem sie ihre Sterilität abzuschirmen versuchen. Die Feststellung des Regierungssprechers Conrad Ahlers, der, notwendigerweise, die entspannungshindernde, ja entspannungsfeindliche Haltung der DDR- und SED-Führung ins kritische Licht der Weltöffentlichkeit rückte, soll jetzt als Absentierungs-Ausrede für eine politische Gruppe dienen, die außer einer Laufbandserie von Wann und Aber keinen konkreten und vorwärtsweisenden Beitrag zur Lösung dieser großen und entscheidenden Aufgabe der Arrondierung der Bewältigung der Kriegs- und Nachkriegslasten auch nach Osten anzubieten hat.

Man hat Mühe, sich damit vertraut zu machen oder gar abzufinden, daß Politiker wie der noch amtierende CDU-Vorsitzende Kurt-Georg Kiesinger oder sein Generalsekretär Dr. Bruno Heck tatsächlich die wirklichen Sprecher dieser großen Partei sein sollen oder können. Mit einem Furioso an Plattituden und Invektiven soll da die Tatsache abgedeckt werden, daß weder der eine noch der andere, und mit ihnen leider auch noch einige andere "Sprecher" und Sprechrohe der beiden Unions-Parteien, statt Politik nur noch Agitation machen. Allein die jüngsten Äußerungen Kiesingers in Berlin oder Dr. Hecks in Bonn sind Modellfälle für den Versuch, ein Nichts an konkretem Sachgehalt für politische Münze verkaufen zu wollen.

Dieser Erkenntnis steht augenscheinlich das Faktum gegenüber, daß man sich mit diesen Polit-Versuchen überhaupt noch beschäftigt. Nun, niemand soll die Hoffnung aufgeben, daß die wirklichen politischen Schwergewichte insbesondere in der CDU das Wort ergreifen und, fußend auf ernsthaften Sachanalysen und Sacherkenntnissen, für ihre Partei sprechen und damit die Dauerwahlkämpfer ablösen. Der CDU-Generalsekretär Dr. Bruno Heck hat ein für diese seine Gruppe tödliches Wort in die Wahlkampfarena geworfen: Den Vorwurf des Mangels an weltpolitischem Format und der politischen Naivität. Wenn das Fazit dieser Etappe des Wirkens der CDU zu ziehen sein wird, dann wird man getrost auf diese selbstangebotene Schluß-Charakterisierung zurückgreifen können.

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Sozialismus weiter in der Offensive

Militärpolitische Bilanz des Jahres 1970"

Von Günter Engmann

Oberstleutnant der Nationalen Volksarmee der DDR

"Ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Ereignisse unterschiedlicher, ja oft widersprüchlicher Bedeutung häufen sich. Versuchen wir, uns einige militärpolitische Probleme jenes komplizierten Klassenkampfes unserer Zeit, von dem ja derartige Ereignisse nur zeugen, zu verdeutlichen.

All das, was wir erreicht haben in diesem Jahr, ist in erster Linie auf die weiter gestiegene politische, wirtschaftliche und militärische Macht unserer sozialistischen Staatengemeinschaft - mit der Sowjetunion als Hauptkraft - zurückzuführen. Es kann an dieser Stelle nur erwähnt werden, daß die Sowjetunion in diesem Jahr erstmalig 116 Millionen t Stahl und weit über 300 Millionen t Erdöl erzeugte und daß die Wachstumsrate der Industrieproduktion in den RGW-Ländern durchschnittlich etwa acht Prozent betrug. Es sei gleichzeitig nur in Kürze auf die bekannten sowjetischen Kosmos-Erfolge verwiesen, die immer wieder besonders deutlich von der wissenschaftlich-technischen Leistungsfähigkeit des Sozialismus künden.

Was die einheitliche politische Schlagkraft unserer sozialistischen Gemeinschaft anbelangt, so zeugen davon so wichtige Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes wie die Moskauer im August und die Berliner im Dezember, auf denen jeweils die gemeinsame Strategie und Taktik in den Fragen des Kampfes um europäische Sicherheit und in anderen wichtigen Problemen des weltweiten Klassenkampfes erörtert und beschlossen wurde, stets dem Hauptziel unserer Außen- und Sicherheitspolitik untergeordnet: günstige äußere Bedingungen für den friedlichen Aufbau des Sozialismus zu schaffen, zur weiteren Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus beizutragen und die Prinzipien der friedlichen Koexistenz durchsetzen zu helfen.

Unsere Gegner haben verbittert registriert, daß auch der Beschluß der Budapester Tagung des höchsten Organs unseres Bündnisses vom März 1969 über die neue Führungsstruktur der Vereinten Streitkräfte erfolgreich in die Tat umgesetzt wird. Diese einheitliche sozialistische Politik bewirkte, daß der Kampf um friedliche Koexistenz im Jahre 1970 sichtbare Fortschritte zu machen begann. Nach jahrelangen Bemühungen gelang es, die derzeitige westdeutsche Regierung zur Anerkennung der Nachkriegsgrenzen zu bewegen, Verhandlungen zwischen den vier Großmächten über die Lösung des Westberlin-Problems aufzunehmen, in der UNO den Vertrag über das Verbot der Stationierung von Kernwaffen und anderen Massen-

vernichtungswaffen auf dem Meeresgrund zu verabschieden sowie sogar Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA über die Begrenzung der strategischen Rüstungen zu beginnen.

Um beim zuletzt genannten Beispiel zu bleiben: Wären die USA-Imperialisten etwa zu derartigen Verhandlungen bereit, wenn sie sich in der strategischen Rüstung überlegen fühlten? Sie befinden sich in der äußerst prekären Lage, jährlich Milliarden Dollar für den sinnlosen Krieg in Indochina sowie für die Unterstützung von Marionettenregimes auszugeben, den sozialen Mißständen im eigenen Land hilflos gegenüberzustehen und schließlich noch den sich seit Jahren - u.a. infolge des sowjetischen Monopols an Raketenabwehrmitteln - in der militärstrategischen Vorhand befindlichen Sozialismus einholen zu wollen.

Was die militärpolitische Lage betrifft, so mögen u.a. folgende Tatsachen den NATO-Globalstrategen zu denken gegeben haben:

Im März fanden in der Belorussischen SSR umfangreiche Manöver der Sowjetarmee statt, bei denen u.a. 8000 Soldaten der Luftlandetruppen innerhalb einer halben Stunde im "feindlichen" Hinterland abgesetzt wurden.

Im Manöver "Ozean" (April/Mai) demonstrierten die sowjetischen Flottenkräfte ihre Fähigkeit, jederzeit auf sämtlichen Weltmeeren gegen einen Aggressor zu operieren.

Nach einer gemeinsamen Stabsübung in Ungarn und einer gemeinsamen Luftverteidigungsübung bildete das Manöver "Waffenbrüderschaft" auf dem Territorium der DDR den krönenden Beweis des Jahres 70 dafür, daß - wie es im Bericht des Politbüros an die 14. ZK-Tagung heißt - "unter der zielklaren Führung der marxistisch-leninistischen Parteien die Integration der sozialistischen Staaten und ihrer Armeen, die eine Gesetzmäßigkeit für die Entwicklung der sozialistischen Staatengemeinschaft darstellt, voranschreitet". Es machte zugleich Freund und Feind sehr deutlich sichtbar, daß der kollektive Schutz der DDR gegen jegliche imperialistischen Anschläge gemeinsame Sache aller Staaten unserer Verteidigungskoalition ist.

Auf der Grundlage der Moskauer Erklärung vom Juni 1969 und in gewissenhafter Auswertung der aktuellen Erfahrungen weisen unsere Parteiführung und der Politische Beratende Ausschuss jedoch immer wieder darauf hin, daß es auch gegenwärtig keine Illusionen zu hegen gilt über den Imperialismus. In der strategischen Defensive befindlich, unternimmt der Klassenfeind vielmehr verzweifelte Abwehrversuche und abenteuerliche Gegenstöße, wovon wiederum nur wenige Beispiele zeugen sollen:

In Indochina weiteten die USA den Krieg auf Kambodscha aus, verstärkten die Aktionen gegen die Patriotische Front von Laos und begannen sogar neue Angriffe gegen die DRV. Die von Nixon proklamierte "Entamerikanisierung" oder "Vietnamisierung" des Krieges hat die Lage nur noch verschärft.

Im Nahen Osten unternimmt Israel, unterstützt von den USA, nach wie vor alles Mögliche, um die sich dank der Bereitschaft der VAR seit dem August anbahnenden Möglichkeiten für einen Friedensschluß zu sabotieren. Maßgeblich von der CIA inspiriert, kam es sogar zu ernststen militärischen Auseinandersetzungen zwischen den bewaffneten Kräften der palästinensischen Befreiungsbewegung und den Truppen des jordanischen Königs Hussein.

Ebenfalls noch in lebhafter Erinnerung ist die - inzwischen UNO-offiziell bewiesene - Aggression des NATO-Staates Portugal gegen die Republik Guinea mit dem Ziel, die fortschrittliche Regierung Sekou Touré zu stürzen und die Befreiungsbewegung in Guinea-Bissau ihres Hinterlandes zu berauben.

Die Brüsseler NATO-Ratstagung beschloß - inspiriert von US-Kriegsminister Laird und "Bundesverteidigungsminister" Schmidt - eine mit größeren Rüstungsausgaben verbundene Erhöhung der Kampfkraft der NATO-Streitkräfte, die zahlenmäßig in voller Stärke erhalten bleiben. Wie im Bonner 'Weißbuch 70' dargelegt, soll besonders die Bundeswehr ein noch besseres Aggressionsinstrument werden.

Psychologische Kriegführung und ideologische Diversion gegen die sozialistischen Staaten und alle um Frieden und Freiheit kämpfenden Kräfte werden gezielt verstärkt.

Die Imperialisten erreichen jedoch meist das genaue Gegenteil des von ihren Generalstäblern Erhofften.

In Vietnam ist seit langem das Prestige der USA gebrochen, in Laos hat die Patriotische Front strategisch bedeutsames Terrain gewonnen, und in Kambodscha operieren ebenfalls bewaffnete Kräfte der Nationalen Einheitsfront immer erfolgreicher. Im Nahen Osten hat sich die Einheit der progressiven arabischen Staaten gefestigt, vor allem infolge der Bildung einer Union und eines gemeinsamen militärischen Kommandos VAR-Sudan-Libyen, denen sich auch Syrien anschließt. Die VAR hat Mitte des Jahres mit Hilfe der Sowjetunion ein wirksames Luftverteidigungssystem aufgebaut und jüngst erstmals große, erfolgreiche Manöver ihrer Streitkräfte durchgeführt. In Libyen mußten die USA und Großbritannien ihre Militärbasen räumen, und imperialistische Putschversuche zum Sturz der progressiven Regierungen konnten im gleichen Staat sowie außerdem im Irak, im Sudan und in Somalia zerschlagen werden.

Im Gefolge der portugiesischen Aggression gegen Guinea unternahm die OAS (Organisation für Afrikanische Einheit) bedeutsame Schritte, um die afrikanischen Befreiungsbewegungen noch wirksamer - auch militärisch - zu unterstützen.

Wie auf der 14. ZK-Tagung festgestellt wurde, gilt es gerade aus den verschiedenen Reaktionen des Imperialismus auf das veränderte Kräfteverhältnis die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Der Imperialismus versucht, sich den veränderten Verhältnissen in der Welt anzupassen und kann daher noch gefährliche Situationen heraufbeschwören. Der Abschluß der Verträge zwischen der BRD und der Sowjetunion sowie mit Polen zum Beispiel ändert absolut nichts am Charakter des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland und nichts an der aggressiven Aufgabenstellung der Bundeswehr. Hiergegen gibt es kein anderes Rezept als die weitere zweiseitige Stärkung der DDR im festen Bruderbund mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten. Klipp und klar heißt es dazu im Bericht des Politbüros an die 14. ZK-Tagung: 'Wenn es die gewachsene Stärke des Sozialismus ist, die den Imperialismus zu den Veränderungen in seiner Politik und Taktik, also zur Anpassung zwingt, dann ist die weitere Stärkung der sozialistischen Gemeinschaft und jedes einzelnen sozialistischen Staates auch künftig die zentrale Aufgabe, um das Kräfteverhältnis weiterhin zugunsten des Sozialismus zu verändern'. Notwendig ist außerdem der verstärkte Kampf gegen alle Formen der imperialistischen Ideologie. Das Jahr 1970 wird sicher nicht weniger ereignisreich sein als das vergangene. Es wird uns neue Erfolge bringen. Unsere Offensive geht weiter. Das 71er Jahr wird aber auch erneut den ganzen persönlichen Einsatz eines jeden fordern'.

Quelle: "Die Volksarmee"/Ostberlin/ 20. Dezember 1970